

19.11.2019

## Antrag

der Fraktion der SPD

**Fit für Demokratie:**

**Schutz vor Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus verstärken**

74 Jahre nach dem Ende der Shoa, der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft müssen wir gemäß der aktuellen Leipziger Autoritarismus-Studie feststellen, dass rund 10% der Befragten traditionellen jüdenfeindlichen Äußerungen zustimmen und sich sogar zwischen 10% und über 50% der Deutschen zustimmend zu jüdenfeindlichen Stereotypen äußern.

Eine weitere Studie des Jüdischen Weltkongresses hat festgestellt, dass rund 25% der Deutschen wieder antisemitische Gedanken hegen. Dies muss zum Nachdenken anregen. Denn es besteht der begründete Verdacht, dass antisemitische Einstellungen nie wirklich verschwunden waren und die Zeilen Bertolt Brechts „...der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“ noch heute gelten.

Nach 1945 wurde mehr oder weniger konsequent gegen offen geäußerte nationalsozialistische Einstellungen vorgegangen und sie waren gesellschaftlich unerwünscht. Aus den Köpfen der Menschen scheint dieses Gedankengut aber nicht vollends verbannt. Anders sind die weltweit zu beobachtenden anlasslosen menschenverachtenden, gruppenbezogenen Ausgrenzungsideologien nicht erklärbar. Alte Ressentiments blühen in neuem Gewand auf. Heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, kommen Rechtsextremismus und Antisemitismus nicht mit Glatze und Springerstiefel, sondern mit Aktentasche und Nadelstreifen, mit Abgeordnetenausweis und Hochschultitel. Sie sind mitten in der Gesellschaft angekommen. Dank der heutigen medialen Möglichkeiten nutzen sie die vielfältigen Angebote jeden und jede ganz individuell zu kontaktieren und ihre Videos und Veröffentlichungen genießen dadurch einen höheren Verbreitungsgrad denn je. Folglich reicht es auch nicht mehr in gelegentlichen Reden und Interviews auf die Gefahren des Rechtsextremismus und insbesondere des Antisemitismus hinzuweisen. Deutliche öffentliche Solidarisierung mit unseren jüdischen Bürgerinnen und Bürgern ist gefordert und gleichzeitig der größtmögliche Schutz jüdischer Einrichtungen. Halle darf es kein zweites Mal geben. Was rechtsradikal ist, muss auch so benannt werden. Da kann es keine Neutralität geben. Wer Faschist ist, muss auch so genannt werden. Wer Rassist ist, muss so bezeichnet werden. Wer sich der NS-Sprache und Ideologie bedient, kann nicht auf unser Verständnis setzen. Wer Parlamente als Bühne für rassistische und hetzende Reden versteht, missbraucht das Parlament und hat dort nichts zu suchen. Wer Parteien wählt, die für all das stehen und eintreten, trägt Verantwortung für die gegenwärtige Entwicklung in

Datum des Originals: 19.11.2019/Ausgegeben: 25.11.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Deutschland. Nationalsozialistisches Gedankengut kann nämlich nicht „aus Versehen“ oder „aus Protest“ gewählt werden.

Es ist demnach höchste Zeit, dass wir nicht nur über Antisemitismus in unserem Land reden, sondern auch verstärkt handeln. Wir müssen unsere politischen Möglichkeiten gemeinsam – über Parteigrenzen hinweg - auf die Bekämpfung jeder Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit insbesondere die des Antisemitismus und auf die Stärkung der Selbstverteidigungskräfte der Demokratie konzentrieren. Dazu sind das Parlament und die Landesregierung gleichermaßen und gemeinsam gefordert.

Es ist ein in breiter Öffentlichkeit getragener Dialog über die Grundwerte unserer Demokratie notwendig sowie eine Befassung mit den Mechanismen der schleichenden Begriffsokkupation und -transformation und der daraus entstehenden Gefahr des verharmlosenden Euphemismus. Es geht im digitalen Zeitalter des schnelllebigen Internets und der Gefahren durch Fake News, um die dringend notwendige Befähigung von Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern, die in der Lage sind nationalsozialistisches Gedankengut, Strukturen und Mechanismen zu enttarnen.

Präventiv bedarf es dazu der Einübung von demokratischen Verhaltensweisen und einer Sensibilisierung für Ausgrenzung und Diskriminierung von der Kita bis in die Hochschulen, aber auch im täglichen Leben. Wir brauchen verstärkt einer politischen Bildung, die zugleich die Wertschätzung aber auch die Notwendigkeit unserer demokratischen Gesellschaft zum Ausdruck bringt.

### **Der Landtag beschließt:**

Der Landtag bekräftigt seinen mit den Stimmen aller demokratischen Fraktionen gefassten Beschluss von Januar 2019 (Drs, 17/4797 2. Neudruck) und fordert die Landesregierung erneut auf,

1. die Arbeit gegen Rechtsextremismus zu stärken,
2. das integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus weiterzuentwickeln,
3. das kommunale Förderprogramm „NRWeltoffen“ auszuweiten sowie
4. die Handlungsempfehlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses III zu den Verbrechen des NSU in Nordrhein-Westfalen der 16. Legislaturperiode des Landtages NRW (Drucksache 16/14400) umzusetzen.

Darüber hinaus fordert der Landtag die Landesregierung auf,

5. Nach dem Vorbild der Länder Bayern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein landesrechtliche Regelungen für das Versammlungsrecht zu verabschieden, die insbesondere auch bessere Handlungsmöglichkeiten als bisher schaffen, um rechtsextreme Versammlungen und Kundgebungen an Gedenktagen aus Anlass der nationalsozialistischen Gewalt- und Terrorherrschaft zu unterbinden.
6. ein Lagebild Antisemitismus und Diskriminierung zu erstellen,
7. die Arbeit der Antisemitismusbeauftragten zu stärken,
8. in mehr Maßnahmen zur Demokratieförderung und zur politischen Bildung zu investieren und die Blockade gegen ein Demokratiefördergesetz auf Bundesebene aufzubrechen,
9. ein gemeinsames Aktionsbündnis, an dem alle relevanten Institutionen an einen Tisch kommen und die erforderlichen Maßnahmen umsetzen, zu initiieren. Mit der Landeskoordinierungsstelle Rechtsextremismus wurde vor Jahren so eine Stelle geschaffen, dessen Kreis aber erweitert werden muss,

10. für religiöse Einrichtungen wie Synagogen und Moscheen verstärkte Sicherheitsvorkehrungen zu treffen,
11. unsere Sicherheitsbehörden für rechtsextreme Taten stärker zu sensibilisieren, z.B. durch eine/n Antisemitismusbeauftragte/n in der Polizei,
12. Verfassungsschutz und Polizei zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus personell aufzustocken,
13. die inhaltliche Weiterentwicklung des „Projekts Wegweiser“ und eine Ausweitung des Programms auf sämtliche Formen von Extremismus durch die Schaffung von entsprechenden Präventionszentren voranzutreiben,
14. Verständnis für Demokratie und den Rechtsstaat, gesellschaftlichen Zusammenhalt, Toleranz und Respekt im Schulalltag verbindlich zu verankern und zu stärken. Projekte, wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, bieten darüber hinaus eine gute Möglichkeit zur Thematisierung von antisemitischen und anderen menschenverachtenden Einstellungen. Die Schulen benötigen ausreichende Ressourcen für die Prävention, um z.B. Radikalisierung, Diskriminierung und Gewalt zu verhindern oder frühzeitig zu erkennen. In diesem Zusammenhang sind beispielsweise der kontinuierliche Einsatz von Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeitern und die enge Anbindung an die Jugendhilfe wichtige Instrumente,
15. eine Dunkelfeldstudie durch externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durchführen zu lassen, um ein klareres Bild der unterschiedlichen Formen des Antisemitismus zu bekommen,
16. eine konsequente Erfassung, Veröffentlichung und Ahndung antisemitischer Straftaten, die dauerhafte Förderung von Trägern der Antisemitismusprävention und eine langfristig angelegte Forschungsförderung zum Antisemitismus auf den Weg zu bringen,
17. die Erinnerung an die Shoa auch für zukünftige Generationen wach und erlebbar zu halten. Ein neues Feld könnte die Aufarbeitung von NS-Verbrechen in Sportvereinen sein sowie
18. Täter und rechtsextreme Netzwerke nicht zu verharmlosen. Wir fordern eine klare Sprache, die die Taten korrekt benennt. Es handelt sich um rechtsextremistischen Terrorismus.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Sven Wolf  
Elisabeth Müller-Witt

und Fraktion